

Graphische Stimmen

Organ des Graphischen



Zentralverbandes * Köln

Christlich-nationale Gewerkschaft für die

graphische u. papierverarbeitende Industrie

25. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich 60 Pf.
monatlich 20 Pf. ohne Postgebühr

Köln, den 21. Dezember 1929

Erscheint vierzehntägig Samstag
Einzelnnummer kostet 10 Pfennig

Nummer 26

Weihnachtslied

von Theodor Storm

Vom Himmel in die tiefsten Klüfte
Ein milder Stern herntederlacht;
Vom Tannenwalde steigen Dünste
Und hauchen durch die Winterlüfte,
Und kerzenhelle wird die Nacht.

Wir ist das Herz so froh erschrocken,
Das ist die liebe Weihnachtszeit!
Ich höre fernher Kirchenglocken
Mich lieblich, heimtlich verlocken
In märchenfille Herrlichkeit.

Ein frommer Zauber hält mich wieder,
Anbetend, staunend muß ich stehen:
Es sinkt auf meine Augenlider
Ein goldner Kindertraum hernieder,
Ich fühl's, ein Wunder ist geschehn!

Liebe! Friede! Gerechtigkeit!

Der Weihnachtsabend, das schöne Fest, um das man das Christentum noch nach Jahrtausenden lieben oder doch wenigstens beneiden wird, steht vor der Tür — so schreibt einmal der geistvolle Dichter Hebbel. Berührt uns das heute auch noch? Ist in dem Jagen, dem wahn-sinnigen Tempo der modernen Zeit noch Raum für die Krippe? Kann sich das Zeitalter des Egoismus und des Klassenkampfes noch auf das Hochfest der christlichen Liebe besinnen? Die Menschen — auch solche, die längst den Glauben ihrer Kindheit im Strudel des Lebens verloren — sie werden auch heute noch gepackt von dem erhabenen Geheimnis der heiligen Nacht. Auch in unserer harten und hastenden Zeit öffnen die Advents- und Weihnachtslieder, die erwartungs-voll strahlenden Kinderaugen, die eigenen Erinnerungen, verschüttete Tiefen des Gemütes. Längst verstummte Saiten der Seele schwingen mit; und mancher überrascht sich selbst beim Mitsummen. . . . Stille Nacht, heilige Nacht. Ja, Weihnachten naht. Auch der moderne Mensch sucht seine Lieben zum Christfest zu erfreuen, auch ihm faßt das geheimnisvolle Klingen und Singen an die Seele. Liebe, Freude, Friede sind die Grundtöne des Weihnachtsfestes, sie sind es noch immer geblieben.

Zwei Jahrtausende liegen zwischen heute und der ersten frohen Botschaft: „Friede den Menschen auf Erden, die eines guten Willens sind.“ Freuen wir uns, daß wir auch heute noch an diese Botschaft glauben können! Freuen wir uns, daß der Glaube an das Wunder der ersten Weihenacht, der Glaube an Christus uns mit Tausenden und Aber-tausenden eint. Und freuen wir uns, wenn wir noch im Stände sind, uns an der Weihnachtsstippe zu erfreuen und unter Gemüt zu erheben.

Das liebliche Geheimnis der heiligen Nacht macht die Herzen weich, die Seelen empfänglich für alles Gute und Schöne. Mit der Krippe, mit dem duftenden Tannen-baum zieht Weihnachtsstimmung in die Häuser und Herzen der Menschen ein. Unter dem brennenden Lichterbaum werden all die Gaben ausgebreitet, die Liebe erkant; Gaben, die Freude bringen sollen. Freude, Friede und Liebe klingen dann in den alten herrlichen Weihnachtsliedern. . . . Stille Nacht, heilige Nacht. . . . Führt uns dieses Bild nicht mit erschütternder Wucht das Fundament, das erste Gebot unseres Christenglaubens ins Gedächtnis zurück: Du sollst Deinen Nächsten lieben wie Dich selbst?

Sehen wir um uns, blicken wir ins eigene Innere. Sind wir selbst etwa angesteckt vom Egoismus der neuen, heidnischen Zeit? Sehen wir nicht, wie für ungezählte moderne Menschen das Leben sinnlos wurde? Sinnlos, weil es sich erschöpft im Hasten und Jagen nach Besitz, nach wirtschaftlichen Gütern; im Streben nach Kapital-macht, nach persönlicher Herrschaft und Geltung. Der gottfremde Sozialismus, der moderne Kapitalismus zerflugen das Gebot der Liebe, zerstörten den Glauben an die heilige Nacht. Glück, Freude, bessere Zukunft versprachen sie der Menschheit. Aber in der eifigen Luft dieser modernen, nur dem eigenen „Ich“ geweihten Welt- und Lebens-anschauung stirbt die Liebe. Die Menschen stehen sich fremd, kalt, verärgert gegenüber. Fremde Not lindern zu helfen, ist vielen unbekanntes Gebiet — man will sie nicht sehen, nicht durch den Anblick von Sorge und Not im eigenen Genuß gestört sein. Freudlos, — Friedlos ist das Verhältnis der Menschen unter sich, der Völker zu einander. In falter Gewinnsucht, mit dem Rechen-stift der rationalen Betriebsführung in der Hand, über-legt ein Teil der Industrie, ob es vorteilhaft für sie ist, zwischen den Feiertagen den Betrieb zu schließen. Die zerstörte Festesfreude der Kinder, die Verbitterung und die Not der betroffenen Arbeiter, den Verstoß gegen das Gebot der Liebe, setzt man nicht in Rechnung — das wäre unbedeutsam. Ein Teil unserer Kollegen-schaft steht zur Zeit, da diese Zeilen geschrieben werden, im auf-gezwungenen Kampf um ihre Rechte. Einem anderen Teil ist ähnliches angedroht: Wo bleibt hier das Gebot der Liebe und Gerechtigkeit, wie soll sich hier Weihnachtsstimmung, Weihnachtsfreude ent-wickeln? Welche Fülle von Haß und Neid steckt im modernen Wirtschaftsleben, im öffentlichen und privaten Leben!

Mehr Liebe im Zusammenleben der Menschen und Stände, im Verhältnis der Völker! Vor wenigen Tagen verkündeten Flammen-zeichen und gewaltige Kundgebungen die Freude der Menschen in der zweiten Zone über die endliche Be-freiung von fremder Herrschaft. Ruhie dieser Advent so lange dauern? Und wann wird er den noch bedrückten Volksteilen beschieden?

Liebe — Friede — Gerechtigkeit! Eines ohne das andere ist unmöglich, ohne sie gibt es kein wahres Glück der Menschheit. Nur wenn wir uns alle wieder zur wahren, christlichen Welt- und Wirtschaftsordnung durch-ringen, wenn das Verhältnis von Mensch zu Mensch, von Volk zu Volk auf Liebe und Gerechtigkeit aufgebaut ist, wird dieser quälende Zustand geändert werden können.

Es fällt schwer, diese harten Worte vor Weihnachten niederzuschreiben. Es fällt aber auch schwer, nicht noch bitterer zu werden! Von Kolping stammt das schöne

Wort: „Wir alle haben einander mehr oder minder nötig und wie man sich mehren mag, Freud und Leid ist etwas Gemeinsames!“ Solange wir diesen Geist nicht allent-haben verspüren, wird etwas Bitteres in unserem Leben bestehen bleiben. Es hat keinen Zweck, nur vom Frieden der Menschen auf Erden zu reden, wenn wir nicht jeder an seinem Teil dazu beitragen, daß dieser Friede Wirklichkeit werde. Solange es aber noch eine logische Frage, solange es Ausbeuter und Ausgebeutete gibt, solange der Rechenstift regiert, fehlt die Gerechtigkeit — fehlt Liebe und Friede.

Das soll keine Gefühlsduselei und keine unchristliche Heuchelei sein. Wer Weihnachten im christlichen Sinne feiern will, muß mitbilden, daß wieder der Geist des Helfens, der Verbundenheit, der echte christliche Gemein-schaftsgeist lebendig werde. Es darf keine Brüder und Schwestern in Not geben, ohne daß wir nach Kräften zu helfen versuchen. In den Mittelpunkt unseres Lebens und Strebens wollen wir die Idee des christlichen Gemein-schaftsgeistes stellen. Von ihm kommen wir zur großen Volks- und Völkergemeinschaft. Im Mittele-punkt des wirtschaftlichen Handelns und Denkens hat der Mensch zu stehen; Liebe und Gerechtigkeit sollen die Grundlagen der gesellschaft-lichen Ordnung, der Volksgemeinschaft bilden.

Der Fluch der modernen Zeit liegt darin, daß sie das Weihnachtsevangelium nicht mehr versteht. Sorgen wir also zunächst in unseren Reihen dafür, daß der Geist dieser Liebe, der echte christliche Gemeinschaftsgeist wieder in uns lebendig werde. Wir dürfen nicht nur kritisieren, wir müssen in uns selbst die Weihnachtsbotschaft wirken lassen. Selbsttucht muß dem Gemeinschaftsgedanken weichen! In unseren Verbänden haben wir die beste Gelegenheit hierzu. Hier gilt es, einer für den anderen zu schaffen und zu opfern. Der kapitalistische Zeitgeist besteht ja eben darin, daß er nur das eigene Ich kennt; und jedes Opfer, jede Arbeit für einen anderen ablehnt. Diesen Geist durch das eigene Beispiel zu bekämpfen und zu widerlegen, ist unsere Aufgabe. Wir, die guten Willens sind, wollen in unserer Bewegung diesen Gemeinschaftsgeist pflegen und in allen Mitgliedern zu leuchtenden Flammen empor schlagen lassen. Wir wollen die Weihnachtsbotschaft in uns selbst erfüllen, wollen unsere Handlungen im praktischen Leben von ihr leiten und bestimmen lassen.

So wollen wir die Botschaft: Friede den Menschen auf Erden verstehen. So wollen wir unsere ganze Kraft einsetzen, daß die Ungerechtigkeit der heutigen Zeit gemildert werde, daß immer mehr Menschen sich der Weihnachtszeit wirklich erfreuen können.

Die Weihnachtsbotschaft gilt für alle Menschen. Für alle geht der Weihnachtsstern Jahr für Jahr auf; in alle Menschenherzen klingt immer wieder das „Gloria“ der Engel.

Darum laßt die Weihnachtsglocken Friede, Liebe und Gerechtigkeit hineinkläuten zu allen Menschen. Wie einst im Elternhause, singt wieder die herrlichen alten Weih-nachtslieder, und gelobt unter dem brennenden Lichter-baum, mit starkem Willen beizutragen zur endlichen Erfüllung der Weihnachtsbotschaft. Bis ans Ende der Zeiten soll das Wort fortwirken und Geltung haben:

Friede den Menschen auf Erden,
die eines guten Willens sind.

Ein geeignetes Weihnachtsfest
wünscht allen Mitgliedern von Herzen

der Zentralvorstand
die Redaktion
und die Angestellten

Kapitalarmut

Immer wieder wird von unserer „Wirtschaft“, d. h. den Leuten, die sich selbst so bezeichnen oder bezeichnen lassen, behauptet, Deutschland sei kapitalarm. Beweis: Die hohen Zinsen, die man für Kapital zahlen müsse, und die Notwendigkeit, ausländisches Kapital unter schweren Bedingungen für die Nehmer heranzuziehen. Am Anschlag an diese beiden Hinweise wird dann mahmend der Zeigefinger erhoben und dem deutschen Volke die ernste Drohung zugerufen: Spart, sonst fahrt ihr alle in den Abgrund! Wie man denn überhaupt in unserer Zeit ganz allgemeine starke Worte, ganz besonders aber anscheinend wissenschaftlich unterbaute prophetische Worte düsteren Inhaltes liebt.

Mit der Kapitalarmut ist es nun so: Ob eine Volkswirtschaft genug oder zu wenig Kapital hat, das hängt vor allem von dem Maße der in ihr herrschenden Unternehmungslust ab. Ein Land mit wenig wirtschaftlicher Unternehmungslust empfindet bei wenig Kapital keine Kapitalarmut; ein Land mit viel wirtschaftlicher Unternehmungslust kann sich auch dann noch kapitalhungrig und kapitalarm fühlen, wenn die in seinem Bezirk sich bildenden Kapitalien, für sich betrachtet, recht ansehnlich sind.

Nun ist aber die Unternehmungslust in Deutschland, insgemaint, sehr groß. Dafür sprechen unsere Produktionsziffern in Eisen, Stahl, Bauten aller Art, und die Entwicklung unserer Ein- und Ausfuhrziffern. Auch spricht dafür, daß wir uns immer nur vergleichen mit dem unbestritten wirtschaftlich fortschrittlichsten Lande der Welt (USA), und nicht mit unseren doch ebenfalls tüchtigen Nachbarn, den Franzosen, Belgiern und Engländern. Jedenfalls ist diese Unternehmungslust nicht kleiner, als in der Vorkriegszeit.

Dasselbe gilt aber auch von der Konsumlust. Auch sie liegt jener der Vorkriegszeit nichts nach, übertrifft sie sogar in vielen Dingen. Und somit kommen wir mit unserer Eigenkapitalbildung noch nicht aus, obwohl auch diese gar nicht so gering ist. Sind doch die Sparkassenbestände seit 1924, also in fünf Jahren, schon wieder auf rund 9 Milliarden RM. gegen rund 19 Milliarden RM. in der Vorkriegszeit angewachsen.

Kann man nun einen Mann, der viel unternimmt, strotzt, auch einiges Geld, aber doch seinen Bedürfnissen entsprechend nicht genug hat, kapitalarm nennen? Ist es im Interesse der Wahrheit nicht besser, ihn als ein bißchen unsolid zu bezeichnen? Ist dieser Mann nicht die deutsche Wirtschaft? Wäre es nicht besser, das unsolid, das mit unserer an sich nicht zu hoch zu lobenden Unternehmungslust vermennt und andererseits in unserer Konsumgestaltung (Lebenshaltung) zutage tritt, auszumergen und somit Unternehmung, Kapitalbildung und Konsum in ein besseres Verhältnis zueinander zu bringen? Dann könnte die Kapitalbildung sich sehr bald noch stärker entwickeln und der Produktion, von da aus aber auch dem geordneten Konsum Erleichterungen verschaffen. Freilich stehen einer solchen Förderung der Solidität unserer Wirtschaft Hindernisse entgegen, und zwar aus „der Wirtschaft“ selbst heraus. So ein Hindernis ist die allseitige Aufstachelung der Konsumlust der Bevölkerung durch die Reklame. Dieses Wirtschaft, die den oben erwähnten mahnenden und drohenden Finger erhebt und uns beschwört: „Spart!“, preißt uns gleichzeitig mit der anderen Hand hunderttausend mehr oder minder schöne Dinge und Dingelchen an mit der Werbung: „Kauf!“ Ein so enormer Widerspruch in ihrem eigenen Verhalten beeinträchtigt selbstverständlich die Befolgung ihrer Mahnung.

Ein weiteres Hindernis liegt in den Folgen der sogenannten Selbstfinanzierung, d. h. meistens, daß die Unternehmungen sich die Mittel zu ihrer Erneuerung und Erweiterung durch Erhöhung und Hochhaltung der Preise verschaffen, statt auf dem Kapitalmarkte durch Ausgabe von Aktien und Obligationen. Beides zugleich möchte auch hier die Wirtschaft. Beides zusammen aber geht nicht, denn die Selbstfinanzierung nimmt zu viel Kaufkraft des Publikums durch die Erhöhung der Preise weg und verhindert außerdem eine gute Realverzinsung der Aktien und Obligationen. Man sehe sich nun die Entwicklung der Kurse der Aktien und Obligationen während der letzten zwei Jahre und die Dividendeneinkünfte an, lasse aber auch den Lebenshaltungsindezes nicht außer Betracht! Die Schlussfolgerung, die sich daraus ergibt, macht sicherlich nicht zum Sparen, d. h. zur Kapitalbildung durch Sparen geneigt, lautet sie doch leider so: „Es lohnt ja nicht!“ — Zudem hat die sogenannte Selbstfinanzierung noch den bis heute gar nicht genug beachteten Nachteil, daß sie einer wirtschaftlich berechtigten Ausnutzung der Befähigungsfähigkeit der Wertobjekte in unserer Wirtschaft im Wege steht.

Ein drittes Hindernis vermehrter Kapitalbildung liegt sodann noch in der starken Tendenz unserer „Wirtschaft“, jede Konjunktur sofort durch Preiserhöhungen auszunutzen. Wenn die Genossenschaften daselbst durch Auszubewegungen zugunsten einer kleinen Erhöhung des an sich schon geringen Soheineinkommens versuchen, erhebt sich gleich großes Geschrei seitens der „Wirtschaft“, Preiserhöhungen wegen gesteigerter Nachfrage aber sind angeblich unabänderliches Wirtschaftsgezet und somit sanktioniert. So verdirbt „die Wirtschaft“ sich selbst ihre Konjunktur.

Solange in diesen drei Punkten die Wirtschaft selbst nicht konsequenter wird, solange wird sie über Kapital-

Befreites Land!

Langsam, widerwillig sanken am 1. Dezember die Tritoloren der französischen Armee von den Fahnenmasten rheinischer Städte hernieder. Die zweite Zone ist frei! Die Hoheitszeichen des Reiches bedunden jetzt wieder das unverjährbare Recht der Deutschen auf dieses Land. Fast ein Jahre hindurch mußte die Bevölkerung dieser zweiten Zone die fremde Befehlshaber ertragen. Etwa 6 1/2 Millionen deutscher Menschen unterstanden im Rheinland, in Rhein-Hessen und in der Pfalz der Willkür und Bedrückung durch fremde Befehlshaber.

Vor nun 3 Jahren wurden 2 1/2 Millionen mit der Räumung der Kölner Zone frei, jetzt wurden in der zweiten Zone etwa 1 1/2 Millionen Menschen befreit von dem feilschen und wirtschaftlichen Druck. In der noch besetzten 3. Zone hoffen noch 2 1/2 Millionen auf die endliche Befreiung. Nach den Haager Vereinbarungen soll der 30. Juni 1930 den Schlupfunkt unter dieses Kapitel des Hasses und der Not setzen.

Der Druck der Befehlshaber war gewiß in den letzten Jahren nicht mehr so stark. Dennoch kann erst jetzt die Bevölkerung dieser Gebiete frei aufatmen. In machtvollen Kundgebungen begrüßte das Land von Aachen bis Koblenz die Freiheit, die Frucht eines 11jährigen gläubigen Harrens.

Wir grüßen mit ihm die Stunde der Befreiung. Wir grüßen die deutschen Menschen am Rhein, die jetzt wieder mit all ihrer ungeborenen Kraft an dem Schicksal Gesamt-Deutschlands teilhaben. Wir freuen uns insbesondere mit unseren Kolleginnen und Kollegen in den befreiten Gebieten, freuen uns mit allen Arbeitsbrüdern über die Stunde der Erlösung von feilschem Druck. Auch in den schon geräumten und nicht besetzten Gebieten empfanden wir die Not der Befehlshaber mit, armen wir mit den nun befreiten Freunden auf.

Mit unserm Gruß verbinden wir den Dank für all die unerhörten Opfer und Leiden, für die treue Standhaftigkeit. Hoffen wir, daß berufene Stellen den lange bedrückten Gebieten nicht nur in schönen Worten, sondern durch die Tat danken.

armut klagen und die soziale und steuerliche Belastung anlagen, aber es wird nicht viel anders werden. Hoffen wir deshalb, daß sie sich bald bessert; es liegt in unser aller Interesse. Solange sie das aber nicht tut, braucht sie sich nicht zu wundern, wenn sie mit ihren Klagen und Anklagen bei den breiten Schichten des Volkes — nicht nur bei den Arbeitern — auf wenig Verständnis stößt. Im Falle der Einteilung bei sich selbst würde es ihr dagegen wahrscheinlich gern gewährt werden; die Situation dafür ist nicht ungünstig. R ö h r.

Eingabe

des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Förderung des Wohnungsbaues

Der Deutsche Gewerkschaftsbund richtete an die Reichsregierung, die Regierungen der Länder, den Reichstag, die Landtage, den Reichswirtschaftsrat und an den Deutschen Städtetag eine Eingabe betreffend Förderung des Wohnungsbaues.

In der Einleitung wird an Hand von Zahlen auf die Notwendigkeit eines verstärkten Wohnungsbaues hingewiesen. Man kommt zu dem Ergebnis, daß bis zum Jahre 1940 jährlich rund 330 000 Wohnungen neu erstellt werden müssen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund wendet sich deshalb mit aller Entschiedenheit gegen die Absicht des Deutschen Städtetages, zur Sanierung der Gemeindefinanzen den Wohnungsbau einzuschränken und betrachtet den Wohnungsbau als die erste und wichtigste Aufgabe der nächsten Zeit.

Es wird auf die Bestrebungen hingewiesen, weitere Teile der Hauszinssteuer für andere Zwecke als den Wohnungsbau zu verwenden. Auch dagegen wendet sich der Deutsche Gewerkschaftsbund, weil die Hauszinssteuer das Kernstück der Finanzierung ist, und auch die Möglichkeit bietet, die Mieten einigermaßen erträglich zu gestalten. Deshalb wird verlangt, daß der Anteil für den Wohnungsbau erhöht wird, und daß die Baudarlehen so gestaltet werden, daß auch für Minderbemittelte wirtschaftlich tragbare Mieten erzielt werden können.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat seit Jahren die Aufstellung eines langfristigen Reichswohnungsbauprogramms verlangt. Wenn auch jetzt ein Programm nicht mehr zustande zu bringen ist, dann müßten mindestens die Reichsrichtlinien, die erst die Ausschüsse beschafften, verbessert und bald verabschiedet werden, damit nicht im Frühjahr die Wohnungsbautätigkeit erneut ins Stocken gerät.

Die Eingabe verlangt sodann die Fortlegung des Wohnheimfünftages, das schon in der Reichsverfassung vorgesehen ist, von der Rationalisierungs- und später mehrmals vom Reichstag gefordert wurde. Es sei an der Zeit, daß die Regierung endlich dem Drängen nachgibt.

Ein Bauparkaffengesetz wird zurzeit in den Ministerien beraten. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hält das Reichswirtschaftsministerium, an das die Angelegenheit abgegeben wurde, nicht für die zweckmäßig erscheinende Stelle. Er fordert deshalb, daß das Reichsarbeitsministerium mit der Federführung für das Bauparkaffengesetz betraut wird. Die Einbringung eines Gesetzentwurfes an den Reichstag sei im Hinblick auf die große Dringlichkeit einer gesetzlichen Regelung des privaten Bauparkaffenwesens zu beschleunigen.

Sodann wird eine baldige Verabschiedung des Gesetzentwurfes über die Gemeinnützigkeit von Wohnungsunternehmen verlangt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund stimmt dem Gesetzentwurf im allgemeinen zu, hält jedoch noch eine Anzahl Verbesserungen und Änderungen für notwendig, die im einzelnen begründet werden. Auch mußte der gemeinnützige Wohnungsbau durch den Erlass entsprechender Ausführungsbestimmungen noch weitere Erleichterung und Förderung erfahren.

Hoffentlich findet die Eingabe des Deutschen Gewerkschaftsbundes bei allen maßgebenden Stellen genügend Berücksichtigung. Tatächlich ist der Wohnungsbau die erste und wichtigste Aufgabe der nächsten Zeit. Die Linderung der Wohnungsnot kommt nicht nur den Wohnungsuchenden, sondern der gesamten Bevölkerung zugute und unserer gesamten Wirtschaft.

Arbeitsrecht und Sozialpolitik

Tarifvertrag bricht Lehrvertrag. Die höchst wichtige Frage, ob ein Lehrvertrag durch Tarifvertrag geändert werden kann, ob Lehrverhältnisse überhaupt tariflicher Regelung unterliegen, war in Schrifttum und Rechtsprechung sehr umstritten. Nunmehr hatte sich auch das Reichsarbeitsgericht, die höchste Instanz in arbeitsrechtlichen Dingen, mit dieser bedeutsamen Frage zu beschäftigen. Für das gesamte Bankgewerbe gilt der für allgemeinerbindlich erklärte Reichstarifvertrag für das deutsche Bankgewerbe, der auch die Verhältnisse der Lehrlinge regelt. Eine Kreditgenossenschaft hatte mit einem Lehrling einen Lehrvertrag mit einer dreijährigen Lehrzeit und einem geringen Taschengeld abgeschlossen und weigerte sich, den Lehrvertrag entsprechend den Bestimmungen des Banktarifs abzuändern. Das vom Deutschen Bankbeamtenverein für den Kläger angerufene Arbeitsgericht Ulmurg verurteilte die Bank dem Klageantrag entsprechend zur Nachzahlung der Vergütungs-differenz, weiter zur Zahlung einer Abgeltung für nicht gewährten Urlaub, und stellte gleichzeitig fest, daß die Lehrzeit nach 2 1/2 Jahren ende, wie es der Tarifvertrag vorschreibt. Die von der beklagten Bank gegen dieses Urteil beim Landesarbeitsgericht Frankfurt a. M. eingeleitete Berufung wurde zurückgewiesen, gleichzeitig aber wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Frage Revision beim Reichsarbeitsgericht zugelassen. Von dieser Revisionsmöglichkeit machte die Bank Gebrauch, indes hatte die Revision keinen Erfolg. Das Reichsarbeitsgericht hat durch Entscheidung vom 19. September 1928 die Revision kostenpflichtig zurückgewiesen, und damit die Frage, ob ein Lehrvertrag durch Tarifvertrag geändert werden kann, in bejahendem Sinne entschieden.

Wer ist gegen Arbeitslosigkeit versichert? Durch die Novelle zum Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 1. November ist der Kreis der gegen Arbeitslosigkeit versicherten Personen erweitert um die sogenannten „leitenden Angestellten“ bis zum Jahresgehalt von 8400 RM. Weiter gehören seit dem 1. November dazu die Arbeitnehmer in der Landwirtschaft und Forstwirtschaft, die dort Arbeiten verrichten, die ihrem Wesen nach nicht der Land- und Forstwirtschaft angehören und nicht in der Hauptsache dort ausgebildet zu werden pflegt, beispielsweise Handwerker und Büroangestellte. Die landwirtschaftlichen Saisonarbeiter, die nicht länger als 36 Wochen in der Landwirtschaft beschäftigt werden, in der übrigen Zeit aber in einem anderen Berufe arbeiten, sind ebenfalls versicherungspflichtig. Weiter erlischt die Versicherungsfreiheit von Lehrlingen nicht, wie bisher, sechs Monate, sondern schon zwölf Monate vor Beendigung des Lehrverhältnisses.

Henry Ford handelt! Der bekannte Automobil-Industrielle H. Ford gab im Anschluß an Konferenzen bei dem Präsidenten Hoover die Erklärung ab, daß er mit sofortiger Wirkung eine allgemeine Lohnerhöhung durchführen werde. Hierzu ist zu bemerken, daß Ford schon einmal dieses Experiment in einer Krise gemacht hat, und zwar innerhalb der Krise der Jahre 1920/21, wohl als einzigster Industrieller. Er hat damals nicht, wie so manche amerikanischen Industriellen, die Löhne gesenkt, sondern sie erhöht. Die Haltung Ford's, die durch die nunmehr angekündigte Lohnerhöhung zum Ausdruck kommt, entspricht seiner Überzeugung, daß es nicht das erste wirtschaftliche Ziel sein muß, die Renten, sondern den Absatz sicherzustellen. Darum kommt der Entschluß Ford's etwa dem Willen eines Verzichtes auf eine Rente in dieser Zeit gleich. Diese Haltung bezeugt einmal eine starke Zuversicht für die gute Entwicklung des eigenen Unternehmens, wie auch der ganz in Wirtschaft in Amerika. Sie bezeugt aber nicht minder eine ganz andere Einstellung gegenüber dem Arbeiter, als wie sie bei uns beliebt wird. Sowohl psychologisch wie auch als Beispiel verdient das Vorgehen Ford's eine außerordentliche Beachtung. —

Allgemeine Rundschau

Zehn Jahre Deutscher Gewerkschaftsbund. Am 22. November jährte sich zum zehnten Male der Gründungstag des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Freilich reichen die Bestrebungen, die zu seiner Gründung führten, schon in die vorvernommenen Novembertage des Jahres 1918 zurück, die schon Versuche der Bildung einer Spitzenorganisation der nichtsozialistischen Arbeitnehmerverbände sahen. An diesen Versuchen hatten sich im wesentlichen die Christlichen und die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften, mehrere Verbände der Eisenbahner, sowie fast alle größeren nichtsozialistischen Verbände der kaufmännischen Angestellten beteiligt. Diese Zusammenlegung erwies sich sehr bald als unzureichend, denn eine reine Abwehrstellung gegen die sozialistischen Gewerkschaften konnte den Anforderungen der damaligen Zeit nicht genügen; es mußte von der Abwehr auch zu einer Gegenwehr übergegangen werden.

Aus dieser Notwendigkeit heraus wurde sodann am 22. November 1919, nach dem Ausscheiden der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften und einzelner Angestelltenverbände der Deutsche Gewerkschaftsbund gegründet, getragen von drei starken Säulen, dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, dem Gesamtverband der Angestellten-Gewerkschaften (Gedag) und dem Gesamtverband deutscher Beamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften. Zum ersten Vorsitzenden des DGB wurde Adam Stegerwald gewählt. Zum zweiten Vorsitzenden der Verbandsvorsitzer des Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, Hans Bensch. Allen drei an der Gründung beteiligten Organisationen eignete die Herkunft aus dem christlich-sozialen Gedanken. Damit waren Richtung und Ziele der gewerkschaftlichen Arbeit bestimmt. Zahlenmäßig stellte der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften mit 858 000 Mitgliedern den stärksten Anteil am Deutschen Gewerkschaftsbund. Der Gesamtverband Deutscher Angestellten-Gewerkschaften umfaßte bei der Gründung 7 Verbände mit 400 000 Mitgliedern.

Nach zehn Jahren seines Bestehens zählt der DGB jetzt insgesamt 1,3 Millionen Mitglieder. Die Arbeitergruppe stellt davon in 18 Verbänden rund 673 000 Mitglieder, die Angestelltengruppe in 10 Verbänden 525 000 Mitglieder. Von der Staatsangestelltengruppe lösten sich die eigentlichen Beamtenverbände ab und traten in den Deutschen Beamtenbund über. Die zurückgebliebenen 9 Verbände zählen 119 000 Mitglieder. — Im Sommer 1929 wurde der Führer des christlichen Bergarbeiterverbandes, Ambusch, zum ersten Vorsitzenden des DGB gewählt, da der bisherige Vorsitzende Stegerwald mit seiner Berufung zum Reichsverkehrsminister seine gewerkschaftlichen Ämter niederlegte. Gemäß seiner wirtschaftlichen und politischen Bedeutung ist der DGB im Reichstag, in den einzelnen Landtagen und im Reichswirtschaftsrat durch eine Reihe von führenden Persönlichkeiten vertreten. Dem Reichstag gehören 29 Abgeordnete aus den Reihen des DGB an. Im preussischen Landtag ist der Deutsche Gewerkschaftsbund mit 27 Abgeordneten vertreten, ebenso sitzen seine Vertreter in den sächsischen, bayerischen, badischen und württembergischen Landtagen. Weiterhin hat der DGB im Reichswirtschaftsrat (19) wie auch in anderen öffentlichen und halböffentlichen Körperschaften eine seiner Bedeutung entsprechende Vertretung. Wie kaum eine andere wirtschaftliche Gruppierung im nichtsozialistischen Lager hat der Deutsche Gewerkschaftsbund der Reichsregierung und den Länderregierungen eine Reihe von Ministern gestellt. Wir erinnern an Namen wie Stegerwald, Giesberts, Koch und Hirschfelder.

Handelsware oder Geschenkartikel. Die Frage des Zuzugewesens hat eine neue Note dadurch erhalten, daß sie mit der Frage der Markenartikel in Verbindung gebracht wird. Es wird von den Verteidigern der Zuzugeweltung geltend gemacht, sie sei als Wertrelame aufzufassen, die an Stelle der teuren Anschauungsrelame der Markenfabrikate trete. Es sei nicht angängig, den wirtschaftlich starken Markenartikelfabrikanten ihre Relame zu belassen und den wirtschaftlich schwächeren Außenleitern ihre Relamemöglichkeit zu nehmen. Dort, wo die Zuzugeweltung nicht vom Fabrikanten, sondern vom Handel gegeben wird, sei sie die einzig mögliche Form eines Preisnachlasses auf die festen und durch den Markenschutzverband garantierten Preise der Markenartikel.

Was zunächst die Fabrikantenzuzugeweltung angeht, so gehen sie durchaus nicht regelmäßig von Außenleitern aus, die sich die Anschauungsrelame der Markenfirmen nicht leisten können. Wir können vielmehr feststellen, daß gerade auch leistungsstarke Markenfirmen neben ihrer Anschauungsrelame Zuzugeweltung geben. Noch die weniger liegt ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Händlerzuzugeweltung und den Markenartikeln vor. Wir unterscheiden zwischen der Zuzugeweltung, die in Warenform beim Einkauf von bestimmter Höhe an gegeben wird und der Zuzugeweltung, die durch Sammeln von Gutschein zu erwerben ist. Die erstere Art ist häufig eine Anreizmethode der Filialgeschäfte, die mancherorts von Woche zu Woche wechselt. Die zweite Form, die der Gutscheine, wird hauptsächlich von Spezialgeschäften, insbesondere Kaffeeprozessgeschäften betrieben. Waren, auf die Zuzugeweltung gegeben werden, sind meist solche, deren Preise und Qualitäten schwankend und schwer zu prüfen sind, z. B. Margarine und Kaffee. So gibt eine große

Margarinefabrik auf 6 Pfd. Margarine 1 Tasse zu, verkauft aber jedes Pfd. 12 1/2 teurer. Daß der Verbraucher eine gleiche oder bessere Tasse überall zu diesem Preise kaufen kann, merkt er offenbar nicht.

Die Zuzugeweltungen leisten die volkswirtschaftliche Aufgabe der Relame nicht, weil sie mit Absicht die Aufklärung über die Ware vermeiden und im Gegenteil die Aufmerksamkeit von der eigentlichen Verkaufsware ablenken. Die Zuzugeweltung ist also in jedem Falle, volkswirtschaftlich gesehen, eine unlautere Relame. Ob sie in jedem Falle auch einen unlauteren Wettbewerb im Sinne der bisherigen Gesetzgebung und Rechtsprechung ist, ist nur von Fall zu Fall zu entscheiden. Darum muß dieser volkswirtschaftliche Gesichtspunkt in das Gesetz eingebaut werden. Der geschäftliche Anstand und das wirtschaftliche Prinzip, mit geringstem Aufwand den höchstmöglichen volkswirtschaftlichen Nutzen zu erzielen, verlangen eine saubere Scheidung zwischen Handelsware und Geschenkartikel.

Klarheit und Wahrheit im Angebot, Qualitätsware, sind die Forderungen der Verbraucher, insbesondere auch der organisierten Verbraucherschaft im Reichsverband deutscher Konsumvereine e. V., Köln. In der Forderung des gesetzlichen Zuzugeweltungsverbots gehen die Konsumgenossenschaften daher parallel mit den Hausfrauenvereinen und weiten Kreisen des selbständigen Kleinhandels. Dr. Br.

Jugendbewegung

Jugendgruppe Lahr. Am 12. November fand im „Badischen Hof“ die Gründungsverammlung unserer Jugendgruppe statt. Es war erfreulich, daß sich so viele der Jungkollegen dazu eingefunden hatten. Der Vorsitzende, Kollege Ober, von Seebach, unterrichtete die Anwesenden in einem aufklärenden Vortrag über die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Jugendbewegung. Die interessanten Ausführungen fanden den vollen Beifall der Versammelten. Sie erklärten einmütig den Beitritt zur Jugendgruppe. Es wurde hierauf beschlossen, alle 14 Tage Montags Jugendversammlung zu halten. In denselben sollen die verschiedenen Gebiete unserer gewerkschaftlichen Jugendarbeit ausführlich behandelt werden.

Möge sich der junge Sproß zu einem kräftigen Zweige unserer Bewegung entwickeln.

Jugendgruppe Paderborn. Am 29. November fand eine Jugendversammlung statt. Wir hatten das Glück, unseren Bezirksleiter, Kollegen Kumbülgler aus Dortmund, in unserer Mitte begrüßen zu können. Am 29. wurde die Versammlung vom zweiten Jugendführer, Kollegen Leipel, eröffnet. Er begrüßte die zahlreich erschienenen Jugendlichen und erteilte hierauf Kollegen Kumbülgler das Wort. Derselbe bot uns einen fesselnden Vortrag über: Die christliche Gewerkschaftsjugend und Aufstieg der Arbeiterschaft. Er schilderte die christlichen Gewerkschaften von ihren Anfängen bis zur heutigen Zeit. Besonders hob er das Reichsjugendtreffen in Köln hervor, wo 20 000 Jungmänner und Jungmädchen erschienen waren. Dieser Aufmarsch der christlichen Gewerkschaftsjugend hat den alten Gewerkschaftspionieren große Freude bereitet. Sie haben gesehen, daß ihr mit Mühe begonnenes Werk goldene Früchte trägt. Zum Schluß wandte sich Kollege Kumbülgler direkt an die Jugendlichen und betonte, daß sie treu zu den christlichen Gewerkschaften halten sollten, daß sie aber auch für die berufliche und allgemeine Fortbildung Opfer bringen müßten. Dann werden sie im Lebenskampf ihren vollen Mann stellen können. Er schloß sein Referat mit den Worten: „Unser Jugend gehört die Zukunft!“

Diese schön verlaufene Versammlung wird das Leben und den Zusammenhalt unserer Jugendgruppe kräftig fördern helfen.

Aus den Berufen

Ein neuer Oppositionsverband der Arbeitgeberaußenleiter im Buchbindergewerbe

Bestimmte tarifgegnerische Unternehmer haben schon bisher großen Wert darauf verwendet, tariffreie Firmen im Buchbindergewerbe und verwandte Berufszweige in ihrer Tarifpolitik irre zu machen.

Der in den Infationsjahren in M. Gladbach geborene Reichsverband der Buchbindereien gefiel sich im besonderen im Verleiden von Rundschreiben. Sein Ziel war, alle reaktionären, tarifgegnerisch eingestellten Unternehmer im Buchbindergewerbe zu sammeln, um gegen die Bestrebungen der Gewerkschaften und Maßnahmen der bereits vorhandenen Unternehmerverbände Sturm zu laufen. Diese Politik hatte aber zur Folge, daß diese Organisation als Vertragspartei allmählich ausgeschaltet und zur wirtschaftlichen Ohnmacht verurteilt wurde. Trotzdem sie in den letzten Jahren nur noch dem Namen nach existierte, hat sie doch den Ruhm, die ungeheure Verzögerung der Allgemeinverbindlichkeitserklärungen der Buchbindereitarife bewirkt zu haben. Der Reichsverband protestierte nicht allein, sondern spornte auch die Papierfachvereinigung für den Handelskammerbezirk von M. Gladbach, ferner die Gebetbuchfabrikanten, die

Gebetbuchfabrikantenvereinigung zur Opposition an, und dabei betunden alle diese verschiedenen Körperschaften immer nur den Willen einiger weniger und immer derselben Personen. Sie ermunterten den Direner Arbeitgeberverband, die schließliche Opposition von höchstens 4 Firmen, dann jede einzelne Firma im besonderen, und außerdem alle örtlichen Arbeitgebervereinigungen bei dem Reichsarbeitsministerium gegen die beantragte Allgemeinverbindlichkeit des Api-Reichstarifes Sturm zu laufen.

Da aber der bisherige Kampf gegen die Allgemeinverbindlichkeit nicht zum Ziele führte, haben diesmal die streitsüchtigen Herren vom Osten nunmehr einen neuen Laden aufgemacht, dem aber sicher der Segen aus M. Gladbach zuteil wurde.

In Nr. 97 der „Papier-Zeitung“ vom 4. Dez. 1929 wurde nachstehende Notiz veröffentlicht:

„Der Allgemeine Arbeitgeberverband der papierverarbeitenden Industrie, der am 1. November 1929 in Eisenach von den in der Opposition gegen den Api-Tarif und seine Allgemeinverbindlichkeitserklärung stehenden Fachverbänden begründet worden ist, hält seine erste Hauptversammlung am 14. Dezember 1929, vormittags 11 Uhr, in Berlin-Charlottenburg, Neue Grolmannstr. 5/6, ab. In der Versammlung wird ausführlich über die Ursachen des Neugründens und ihre Aufgaben und Ziele berichtet und das Arbeitsprogramm entwickelt. Ferner soll über den in Eisenach aufgestellten Sogungsentswurf Beschluß gefaßt und der Vorstand ernötig gewählt werden. Zur Teilnahme an der Hauptversammlung berechtigt die Mitgliedschaft des Verbandes, worüber der Geschäftsführer, Herr Dr. Fritz Coerper, Berlin-Charlottenburg, Preußenallee 42, Fernsprecher Westend 6 051, nähere Auskunft erteilt.“

Die „Tarifreunde“ vom Osten und Westen wissen ganz genau, daß ihre Ideen nur in den wenigen Betrieben Erfolg auslösen konnten, wo die Arbeiterschaft vorerst noch an der G e l b s c h i erkrankt ist. Um diesen Krankheitszustand länger wachzuhalten, muß ein neuer großspüriger Name herhalten. Derselbe soll vor allen Dingen im Reichsarbeitsministerium den Eindruck erwecken, daß sich die bisherige Opposition gegen den „Api“-Tarif verstärkt hätte, trotzdem es sich nur um ein neues Firmenschild handelt, hinter welchem nach wie vor die gleichen Drahtzieher stehen. Wir hoffen, daß diese Spiegelschere im neuen Gewande, „Allgemeiner Arbeitgeberverband der papierverarbeitenden Industrie“ allseits richtig erkannt wird. Die Herren von Brieg und Kumberoth können sich durch den Bericht ihrer Arbeiterschaft auf ihr gesetzlich verfügbares Koalitionsrecht an den Vertragsbestimmungen vorbeidrücken, aber alle anderen sind schon immer, ob mit oder ohne Allgemeinverbindlichkeit, zur Anerkennung des Reichstarifes gezwungen worden, und so wird es auch in Zukunft bleiben. Eine geradezu haneblicane Haltung erlaubt sich der Geschäftsbüchereifabrikant Herr E. L. Heinze aus Brieg gegenüber dem Reichsarbeitsministerium in Nr. 97 der Papier-Zeitung vom 4. Dezember. Er schreibt:

„Durch die Fachpresse ging eine Notiz, die nicht unwiderprochen bleiben kann, zumal der Ausgang der Verhandlungen über die Allgemeinverbindlichkeitserklärung typisch ist für die Art und Weise, mit der das Reichsarbeitsministerium seine Lohnpolitik auf dem Rücken der Wirtschaft betreibt. Es ist ein Trugschluß, aus der verkauferten Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Api-Vertrages die überwiegende Bedeutung desselben festzustellen. Zwar steht die Berordnung über Tarifverträge die Feststellung der überwiegenden Bedeutung eines Tarifes als Voraussetzung für die Allgemeinverbindlichkeitserklärung vor. Diese Feststellung ist aber ausdrücklich im Reichsarbeitsministerium nicht erfolgt.“

Dabei weiß Herr Heinze ebenfotig wie die Gewerkschaften, daß die vom Reichsarbeitsministerium angestellten Nachprüfungen des „Api“-Tarifes in bezug auf seine überwiegende Bedeutung in einem so ausgedehnten Umfang vor sich gingen, daß umgekehrt viel mehr Grund vorlag, die übertriebene Beachtung der wenigen Opponenten mit 10facher Firmierung zu beanstanden. Die Auslassungen des Herrn Heinze können wir nur dahin gehend deuten, den Reichsarbeitsgedanken systematisch zu unterwühlen. Ist doch der letzte „Api“-Reichslohnvertrag abgeschlossen am 28. März, erst am 23. September allgemeinverbindlich geworden. Der unverändert verlängerte Manteltarif wurde erst nach 11 Monaten und wiederholt angestellten Nachprüfungen allgemeinverbindlich erklärt. Außerdem macht Herr Heinze in der Papierzeitung dem Reichsarbeitsministerium den Vorwurf, die große Zahl der von der Opposition namhaft gemachten Firmen bei der Überprüfung der überwiegenden Bedeutung des „Api“-Lohnvertrages unberücksichtigt gelassen habe. Ist dem Herrn Heinze nicht bekannt, daß die Opposition Einspruchsgruppen aus allen möglichen fremden Berufen, wie Textil-, Tapeten-, Metallindustrie, Karnevalsartikelbranche usw. zum Protest gegen die beantragte Allgemeinverbindlichkeit des „Api“-Lohnvertrages aufforderte? Ferner die Opponenten sich in mündlicher Verhandlung weigerten, die angeblich vielen Firmen namentlich aufzuführen, welche den „Api“-Lohnvertrag nicht respektierten. Selbst den Vertretern der Regierung stritt man das Recht ab, die von der Opposition geltend gemachten Einspruchsfirmen den Gewerkschaften bekannt zu geben. Also köstlichen Angaben

von einem halben Duzend Einsprechern sollte soviel Bedeutung beigemessen werden, um einem in ganz Deutschland, mit Ausnahme von 4 Firmen, durchgeführten Vertrag die Allgemeinerbindlichkeit zu verleiern.

Über die Zulegung des neuen Namens „Allgemeiner Arbeitgeberverband der papierverarbeitenden Industrie“ als Oppositionsorganisation, wird sich der „Apt“, d. h. Arbeitgeberverband der papierverarbeitenden Industriellen, als Vertragspartei in der notwendigen Form wohl selbst äußern.

Der Tarifkampf in Vadersborn beigelegt

Nach zweiwöchentlicher Aussperrung der Zeitungsdrucker des Druckereibetriebes „Westfälisches Volksblatt“, Vadersborn, ist es insbesondere durch sachliche und energische Vermittlungstätigkeit befreundeter Funktionäre anderer Organisationen möglich geworden, Verhandlungen über die Beilegung des Kampfes einzuleiten. Am Montag, den 16. Dezember, wurde zwischen der Firma und unserer Organisation, Bezirk Nordwest, eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt:

„Die von der Firma „Westfälisches Volksblatt“ am 1. November entlassenen Zeitungsdrucker werden ab Mittwoch, den 18. Dezember, wieder reiflos eingestellt. Sie erhalten den gleichen Lohn wie vor der Entlassung. Reichsstarif für das Buch- und Zeitungsdrucker-Personal.“

Die Firma behält sich in dem Streitfall das Recht vor, das Tarifschicksamt in Anspruch zu nehmen.“

Aus unseren Ortsgruppen

Berlin. In der Versammlung am 30. November gab der Vorsitzende einen kurzen Bericht über das letzte Quartal. Er erwähnte einige Vorkommnisse bei der Firma Schade & Schöle und streifte die noch immer schlechte Wirtschaftslage.

Der Kassenbericht fiel recht erfreulich aus. Für unsere Kassa ist ein Überschuß von RM. 400.— vorhanden, der bei der Deutschen Volksbank angelegt ist. Kollege Ahnow sprach im Namen der Anwesenden dem Vorsitzenden und dem Kassierer den Dank für die gute Kassenführung aus. Auf Anregung des Vorsitzenden wurde sodann noch lebhafter Diskussion folgender Beschluß einstimmig angenommen:

Jedem Mitglied wird es zur moralischen Pflicht gemacht, einen Wochenbeitrag für die Arbeitslosen und Kranken zu opfern, um ihnen eine Weihnachtsfreude machen zu können. — (Bravo! D. N.)

Dann hielt Kollege Sündel auf einen sehr interessanten Vortrag über das Krankentassenwesen und die Währungsabsichten für dies Geseß. Wenn diese Vorschläge durchgeführt werden, treffen uns die Verschlechterungen schwer. In der Diskussion wurden noch verschiedene Fragen erörtert und beantwortet. Kollege Belling machte noch auf die Weihnachtsfeier der Jugendlichen vom Kartell aufmerksam. Der Vorsitzende schloß hierauf die sehr lehrreiche Versammlung mit Dankesworten an den Vortragenden.

Eberfeld. Zu einer gemeinsamen Versammlung hatten sich am Dienstag, den 26. 11. die Kolleginnen und Kollegen der beiden Ortsgruppen Barmen und Eberfeld zahlreich eingefunden. Bezirksleiter, Kollege Schmidt, referierte in ausführlicher Weise über das Thema: „Die Neuerungen in der Arbeitslosenversicherung.“ Die anschließende Aussprache war sehr lebhaft und wurden viele Zweifelsfragen geklärt. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde eingehend über die augenblickliche tarifliche Lage der Mustertartenarbeiter in der Textilindustrie gesprochen. Schon im vorigen Jahr wurden von uns in Verbindung mit dem freien Buchbinder-Verband Versuche unternommen, um für diese Sparte den Buchbinderarif zur Geltung zu bringen. Die Fassung des Textilarbeiter-Manteltarif stand uns hierin aber hindernd im Wege, so daß diese Versuche mißlangten. Augenblicklich ist der Manteltarif in der Textilindustrie gekündigt, ab 1. 12. tritt ein tarifloser Zustand ein. Es sollen deshalb erneute Versuche unternommen werden, für diese Arbeiter den Buchbinderarif durchzuführen. Es wurde beschlossen, baldmöglichst eine Versammlung einzuberufen, damit auf der ganzen Linie ein einheitliches Vorgehen erreicht wird. Für die Mustertartenarbeiter gilt es, den jetzigen Zeitpunkt zu erfassen und dafür zu sorgen, daß alle noch Außenstehenden sich der Organisation anschließen.

Freiburg i. B. In der Monatsversammlung am 2. Dezember konnte der Vorsitzende zur Freude der Anwesenden unseren neuen Bezirksleiter, Kollegen Steinhardt, München, begrüßen. Im geschäftlichen Teil wurden zunächst die Vorbereitungen des Wohlfahrtsausschusses besprochen, wie den Arbeitslosen und sonst in Not geratenen Kollegen und Kolleginnen eine Weihnachtsfreude bereitet werden könne. In einem zeitgemäßen und lehrreichen Referat behandelte Kollege Steinhardt sodann die Frage: Warum organisieren wir uns? Zunächst gab er seiner Freude Ausdruck, einmal mit den Freiburger Kolleginnen und Kollegen persönlich Sühnung nehmen zu können. In seinen Ausführungen behandelte er in erster Linie die

Notwendigkeit der Organisation. Nur durch die Masse kann heute noch etwas erreicht werden. Die Arbeitnehmer müssen sich zusammenschließen, um ihre berechtigten Wünsche bei den Arbeitgebern durchzusetzen. Bessere sind in sehr gut ausgebauten Organisationen vereinigt, die uns zu denken geben müssen. Sie schützen sich nicht nur vor Konkurrenz, die ihnen Schaden könnte, sondern stehen auch berechtigten Forderungen ihrer Untergebenen manchmal sehr unnahbar gegenüber. Wir müssen also ein Gegengewicht herstellen, um besonders unsere Tarifverträge zu sichern. Wie notwendig eine Organisation besonders in unserem Gewerbe ist, zeigt schon der Umstand, daß wir beispielsweise für einen Berufsweig vier verschiedene Tarife haben. Die Entwicklung der freien Gewerkschaften ging in der Linie, daß sie zu Stoßtruppen des Sozialismus ausgebildet wurden. Das beweisen erneut die Wahlergebnisse, die von dieser Seite erlassen wurden. Nicht der Klassenkampf bringt uns gegenseitig näher und erleichtert die Arbeit zwischen den Ständen, sondern der gerechte Geist, der besonders in den christlichen Gewerkschaften zu finden ist. Durch ruhiges, sachliches Verhandeln erwirbt sich der Arbeiterstand nur Achtung und wird dementsprechend auch höher eingeschätzt. Unsere Arbeitsauffassung muß getragen sein von der christlichen Idee, nur so erleichtern wir uns die so oft einschleichenden trübenden Stunden. Die Vertragspflicht sichert uns Hilfeleistung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität usw., sie ist die Grundlage der Kampfkraft und der Verwaltung. Dieses Opfer des Beitragszahlens soll also gern und freudig getragen werden, denn es kommt schließlich uns selbst wieder zugute. Der Redner forderte alle auf, mitzuwirken an der Verbreitung des christlichen Gewerkschaftsgedankens und unseres Berufsverbandes; und recht viele unserer Reihen zuzuführen. Das Referat wurde beifällig aufgenommen. In der anschließenden Diskussion beteiligten sich die Mitglieder sehr reger. Mit Dankesworten schloß Kollege Birt die sehr anregende Versammlung und wünschte, daß Kollege Steinhardt bald wieder uns mit seinem Besuche beehrt. —rf. jr.

Hannover-Hildesheim. Nach einem gut vorbereiteten Agitationsplan fanden im Monat Oktober und November eine Reihe Hausagitationen statt. Es zeigt sich immer wieder, daß die Hausagitation das beste Mittel zur Gewinnung neuer Mitglieder ist. Als Abschluß dieser Werbearbeit fand am Samstag, den 30. November, in Hannover und am Sonntag, den 1. Dezember, in Hildesheim eine Versammlung statt. In beiden Versammlungen war unser Kollege Kembülgler anwesend. Die Versammlung in Hildesheim, welche auch vom Gutenberg-Bund recht zahlreich besucht war, nahm einen sehr guten Verlauf. Hier sprach Kollege Kembülgler über Wirtschaft- und sozialpolitische Tagesfragen. In Hannover wurde kein größeres Referat gehalten, sondern hier suchte man in Frage und Antwort den Wert der christlichen Gewerkschaften herauszustellen. Die Ausprägungen in beiden Orten haben erneut gezeigt, daß die Arbeiterschaft den christlichen Gewerkschaften ein großes Vertrauen entgegenbringt. Die Sprecher, auch solche, welche noch im freigewerkschaftlichen Lager stehen, sagten offen, daß der Arbeiterstand nur auf dem Boden des Christentums, auf dem Boden der Volksgemeinschaft dauernden Erfolg erreichen könnte. Aber die im Interesse der Arbeiterschaft liegende Erstarkung der christlichen Gewerkschaften war man sich reiflos einig. Die Ortsfunktionäre werden auch in Zukunft alles daran setzen, um in der Diaspora — Provinz Hannover — den christlichen Gewerkschaftsgedanken mehr und mehr unter unseren Berufsangehörigen zu verbreiten. Notwendig ist hier vor allem auch, daß die in den sozialistischen Gewerkschaften befindlichen konfessionellen Vereinsmitglieder sich endlich zu dem entscheidenden Schritt aufrufen, mit der Gegenseite zu brechen und sich dort anzuschließen, wo ihre innere Überzeugung, ihre christliche Weltanschauung, nicht herabgewürdigt wird. Der Erfolg der besonderen Werbearbeit in beiden Orten kann sich sehr wohl sehen lassen. Ist die Zahl der Gewonnenen auch nicht weitbewegend, so zeigt sie doch, daß Erfolg erzielt wird, wenn der erste Wille zum Vorantommen vorhanden ist. Auf denn zu weiteren Erfolgen, das soll die Lösung für die Zukunft sein.

M. Gladbach. In einer Vorstands- und Vertrauensmänner-Sitzung am 4. Dezember wurde unter Punkt 1 die Werbearbeit für die kommenden Wochen besprochen. Bei der Firma Kabbe wurden 2 Betriebsversammlungen abgehalten, denen dann eine rege Hausagitation folgte. Nach Sammlung der Adressen wurde die ganze Stadt in Bezirke eingeteilt und für jeden Bezirk 2 Kollegen bestimmt, welche die schwer verlockten Sünder durch Hausagitation für die christliche Verbandsidee zu gewinnen versuchen. Dieser Arbeit und dem ständigen Zusammenarbeiten des Vorstandes und der Vertrauensleute ist es gelungen, durch die Werbearbeit 10 neue Mitglieder aufzunehmen. Es gibt nicht mehr diese Buchbinder in Gladbach, die unseren Reihen noch fernstehen. Soffen wir, daß auch diese letzten bald zu der Einsicht kommen: „Wir müssen organisiert sein.“ Besonders die letzten radikalen Vorstöße gegen die Arbeitslosenversicherung sollten Jedem die Augen öffnen. Bei Abschluß unserer diesjährigen Herbst-Werbearbeit hat der Vorsitzende, Kollege Gesteß, in dieser Sitzung die Beteiligten, auch weiterhin in den Betrieben und bei jeder Gelegenheit für unseren Verband zu werben.

Am 25. Januar 1930 feiert unsere Ortsgruppe das 25jährige Bestehen. Die einzelnen Ortsgruppen werden jetzt schon darauf aufmerksam gemacht, damit sie den Tag frei halten können. Offizielle Einladungen werden durch die Post ergehen. A. R.

Regensburg. Unsere Mitglieder trafen sich am 23. November, abends 7 1/2 Uhr, zu einer Monatsversammlung. Sie kamen erfreulicherweise in stattlicher Anzahl. 1. Vorsitzender, Kollege Wegmann, konnte diesmal als Gast unseren Bezirksleiter, Kollegen Steinhardt, begrüßen. Außerdem als neues Mitglied, Kollegen Mauerer. Nach üblichem Protokoll und Kassenbericht referierte Bezirksleiter Steinhardt über „Moderne Gewerkschaftsaufgaben“. Seine sachlichen Ausführungen fanden allgemeines Interesse. Anschließend gab er uns noch Richtlinien, wie Agitation betrieben werden soll. Zum Schluß richtete er an die anwesende Jugendgruppe einige Worte und ermunterte sie, unentwegt zu ihren Führern zu stehen und deren Anordnungen zu befolgen. Der 1. Vorsitzende gab dem Wunsche Ausdruck, die Agitationsstätigkeit, die bei uns bereits begonnen hat, möge gute Erfolge zeitigen. Wie wichtig es sei, einer Organisation anzugehören, besagte folgendes Wortmündlich. Ein hiesiger Zeitungsdruckerbetrieb läßt seine bisher unorganisierten jugendlichen Arbeiterinnen bis zu 60 Stunden wöchentlich arbeiten. Bei einem Wochenlohn von RM. 7.—! Nachdem sich die besagten Arbeiterinnen jetzt endlich unserer Organisation angeschlossen haben, werden wir gegen diese Firma ein Klageverfahren einleiten. Der Vorsitzende beleuchtete noch die Konsumvereinsfrage, da demnächst hier Verkaufsstellen eröffnet werden sollen. Des weiteren machte er die Mitglieder mit dem Wesen der Deutschen Volksbank vertraut. Nach Bekanntgabe einer Führung durch die hiesige Schiffswerk Rauthoff, sowie der Zuderfabrik Frankenthal, wurde die Versammlung geschlossen. Eine Unterhaltung schloß sich dieser an, der bei guter Musik und humoristischen Vorträgen die Stunden bis Mitternacht geopfert wurden.

Briefkasten

G. und W. in J. Grobact! Wird nach dem Motto „Schmied Dein Helm“ verwendet. Ich vermittele nur den Namen des Anstellers. Herzlichen Dank und Gruß.

J. in S. Da schon ein Bericht über beide Veranstaltungen vorlag, mußte der zuletzt getommene herausbleiben. Schade! Freundlichen Gruß.

G. in R. Bericht verwendet. Es ist mir immer eine Freude, das gute Arbeiten und den echten gewerkschaftlichen Geist dort zu beobachten. Guten Erfolg der ferneren Arbeit. Freundlichen Gruß.

Un Wessert! Es kam tatsächlich eine Anzahl Briefe, die bei der Bearbeitung vom „Auch“ Geschriebene befalligen. Wir haben sogar Anmeldungen zu verzeichnen, die auf diese — jedenfalls nicht beabsichtigte — Propaganda zurückgehen. Wir haben uns also zu Recht bedankt. Freundlichen Gruß.

Graphischer Zentralverband

Geschäftsstelle: Köln a. Rh., Senleerwall 9
Fernsprecher: West 52585
Postfachkonto: Köln 15171

Abrechnungen vom 3. Vierteljahr gingen ein bis zum 14. Dez. 1929

Köln, Bonn, Erler, Hensberg, Duderstadt, Waldsput, Kuboldfabri.
Selder (jandien ein bis zum 14. Dez. 1929: Kuboldfabri., Waldsput, Köln, Smitzger, Duderstadt, Erler, Alshausen, Düsseldorf, Nürnberg, Rempen, Kessel, Freiberg, Lauban, Hannover, Düren, Gütersloh, Bingen, Bremen, Dülmen, Heilim.

Den Ortsgruppen gingen zu: Abrechnungsfornulare für den 4. Vierteljahr 1929, zwei Rundschreiben und Richtlinien. Sollte die Sendung irgendwo nicht eingetroffen sein, so bitten wir um Nachricht. Wir erinnern an die monatlichen Teilzahlungen und pünktliche Einreichung der Statistikarten.

Anzeigen

Unserer lieben Kollegin
Maria Janßen
die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.
Ortsgruppe Cleeve

Unserem lieben Kollegen
Theodor Ubschlag
die herzlichsten Glückwünsche zu seinem 25jährigen
Arbeitsjubiläum bei der Dürener Faltschachtelfabrik.
Die Kolleginnen und Kollegen
der Düsa-Düren.

Unserem lieben Kollegen
Georg Köhler
nebst Braut die herzlichsten Glück- und Segenswünsche
zur Vermählung. Ortsgruppe Düsseldorf

Unserer lieben Kollegin
Mindens Mervos
nebst Bräutigam die herzlichsten Glück- und Segens-
wünsche zur Vermählung. Ortsgruppe Düsseldorf

Unserer lieben Kollegin
Maria Schöneberger
die herzlichsten Glück- und Segenswünsche zur Ver-
mählung. Ortsgruppe Saarbrücken